

Abstimmungsheft

2. Tagung des 7. Landesparteitages
Plötzky, 11. Oktober 2020

DIE LINKE.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Abstimmungsheft sind enthalten:

- Der Leitantrag mit allen eingegangenen Änderungsträgen
- Der Initiativantrag von Henriette Quade und dem Landesvorstand
- Vorstellung von Niklas David Gießler zur Kandidatur für die Landesschiedskommission

Der Landesvorstand hat zu den Änderungsanträgen zum Leitantrag „Solidarität statt Ellenbogen“ beraten und übernimmt einige Änderungsanträge komplett oder teilweise – dies ist unter dem jeweiligen Antrag entsprechend dokumentiert.

Die Textstellen, auf die sich die Änderungsanträge beziehen, sind grau unterlegt.

Antrag-Nr. 3.1.

Antragsteller: Landesausschuss

Der gesamte Text ist mittels Gendersternchen zu gendern.

Der Landesvorstand übernimmt.

Leitantrag

**an die 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11. Oktober 2020 in Plötzky**

Solidarität statt Ellenbogen

Hier ist DIE LINKE, das sind wir:

DIE LINKE wirkt im Jahr vor der Landtags- und Bundestagswahl in einem sich immer schneller wandelnden gesellschaftlichen Umfeld. Dabei wandeln sich nicht unsere Ziele und Werte, sondern die gesellschaftlichen Umstände, unter denen wir für sie eintreten. Dazu zählen das weitere Auseinanderdriften der sozialen und kulturellen Pole der Gesellschaft und der wachsende Einfluss nationalistischer und rassistischer Ideologien, die vor fast genau einem Jahr zu dem schrecklichen Anschlag in Halle geführt haben. Dazu gehört auch die Zuspitzung der Klimakrise und die mangelnde Fähigkeit zum Umgang mit der Corona-Pandemie im internationalen Maßstab.

Antrag-Nr. 9.1.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 24 bis 30 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Diese Krisen dürfen nicht widerspruchslos hingenommen werden. DIE LINKE stellt sich diesen Krisen, indem sie als verlässlicher Bündnispartner überzeugende Konzepte für den gesellschaftlichen Wandel anbietet und den Weg zu deren Umsetzung konsequent beschreitet.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

24 Gerade aus der Perspektive Sachsen-Anhalts müssen wir festhalten, dass auch die Spaltung

Antrag-Nr. 5.1.

Antragsteller: Kreisverband Wittenberg

Zeile 25

„... nicht überwunden ist.“ Streichen

dafür einfügen: „... *sich weiter verfestigt und die Gefahr größer wird diesen Zustand hinzunehmen.*“

25 zwischen Ost und West 30 Jahre nach der deutschen Einheit nicht überwunden ist.

26 All diese Krisen bleiben nicht unwidersprochen. Es entwickeln sich Kräfte, die den Kampf für
27 soziale Gerechtigkeit und gegen den Klimawandel als Auseinandersetzung mit der herrschen-
28 den Politik des Neoliberalismus verstehen. Die Aufgabe der LINKEN besteht darin, als verläss-
29 licher Bündnispartner dieser Akteure überzeugende Konzepte für den gesellschaftlichen Wan-
30 del anzubieten und den Weg zu deren Umsetzung konsequent zu beschreiten.

Antrag-Nr. 9.2.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-
Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 31 bis 53 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Dies ist unter den Bedingungen einer Koalition aus CDU, SPD und Grünen sowie einer sich rechtsextrem positionierenden AfD im Land unsere politische Aufgabe. Wir vertreten damit diejenigen Menschen in Sachsen-Anhalt, die für eine solidarische, friedliche, nachhaltige und humane Gesellschaft eintreten.“

Es reicht aber nicht aus, nur an der Seite dieser Bündnispartner zu stehen. Unsere Aufgabe ist es, Politik in diesem Sinne zu gestalten. Es genügt nicht, an den Demonstrationen für den Erhalt von Gesundheitseinrichtungen und für vernünftige Tarifverträge teilzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, politische Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass dieser Kampf gewonnen werden kann. Dafür brauchen wir nicht nur politischen Einfluss, sondern auch die Mehrheiten in diesem Land, mit denen wir eine andere Politik gestalten können.

In diesem Sinne führen wir den begonnenen Sozialstaatsdialog mit Gewerkschaften, Verbänden, aber auch mit der SPD und den Grünen fort, um eine gesellschaftliche Debatte über die Perspektiven dieses Landes voranzubringen.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leittrag insgesamt kürzer zu fassen.

31 Der Landesverband unserer Partei ist in diesem Sinne unterwegs, gemeinsam mit den streiken-
32 den Mitarbeiter/-innen des AMEOS-Konzerns, beim Kampf gegen die Schließung von Gesund-
33 heitseinrichtungen, beim Volksbegehren für die notwendige Ausstattung der Schulen mit Lehr-
34 kräften, mit der FridaysForFuture-Bewegung, in vielen Bündnissen gegen Nationalisten und Ras-
35 sisten, beim Kampf gegen ausbeuterische Werksverträge in der Fleischindustrie, mit den Initi-
36 ativen gegen Straßenausbaubeiträge und umweltbelastende Mülldeponien.

37
38 So gelang es uns, die Niederlage bei der Landtagswahl 2016 zu verarbeiten und mit neuer Kraft
39 in die politische Auseinandersetzung einzugreifen.

40
41 Dies war und ist unter den Bedingungen einer Kenia-Koalition von CDU, SPD und Grünen sowie
42 einer sich rechtsextrem positionierenden AfD im Land unsere politische Aufgabe. Wir vertreten
43 damit diejenigen Menschen in Sachsen-Anhalt, die für eine solidarische, friedliche, nachhaltige
44 und humane Gesellschaft eintreten.

45 Es reicht aber nicht aus, nur an ihrer Seite zu stehen. Unsere Aufgabe ist es, Politik in diesem
46 Sinne zu gestalten. Es genügt nicht, an den Demonstrationen für den Erhalt von Gesundheits-
47 einrichtungen und für vernünftige Tarifverträge teilzunehmen. Unsere Aufgabe ist es, politische
48 Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass dieser Kampf gewonnen werden kann. Dafür brau-
49 chen wir nicht nur politischen Einfluss, sondern auch andere Mehrheiten in diesem Land, mit
50 denen wir eine andere Politik gestalten können.
51 In diesem Sinne führen wir den begonnenen Sozialstaatsdialog mit Gewerkschaften, Verbän-
52 den, aber auch mit SPD und Grünen fort, um eine gesellschaftliche Debatte über die Perspek-
53 tive dieses Landes voranzubringen.
54

Antrag-Nr. 9.3.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-
Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 55 bis 93 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Dabei lassen wir SPD und Grüne nicht aus der Verantwortung. Nach 18 Jahren CDU-Regierung mit unterschiedlichen Koalitionspartnern wird klar, dass die selbsternannte „Sachsen-Anhalt-Partei“ keine innovativen Vorstellungen von der Zukunft dieses Landes hat. Sachsen-Anhalt hat etwas Besseres verdient.

Programmatisch steht damit für die Partei DIE LINKE die Aufgabe, ein schlüssiges Konzept zur Bewältigung der Krisenfolgen im öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor mit konkreten sozialen und ökologischen Transformationsprojekten zu verbinden. In einem Programmkonvent im November wird der Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

55 Einen wichtigen Orientierungsrahmen stellt dabei das im Juli beschlossene Drei-Säulen-Konzept
56 des DGB für eine Konjunktur- und Investitionsoffensive in Sachsen-Anhalt dar. Wir stimmen der
57 grundsätzlichen Einschätzung des DGB zu, dass die gegenwärtige Niedrigzinsphase zu nutzen
58 ist, um in einem großen Umfang öffentliche Investitionen zu finanzieren. Die Pandemie darf
59 nicht weiter zum Abbau sozialer Standards und Arbeitnehmer/-innenrechte missbraucht wer-
60 den. Die Aussetzung des Vergabegesetzes unterstützt Dumping mit öffentlichen Mitteln. Die
61 Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden und die Ausweitung der Sonn- und Fei-
62 ertagsarbeit müssen ebenfalls wieder zurückgenommen werden.

63
64 Die regierende Koalition präsentiert sich bei wichtigen politischen Prozessen in einer gegensei-
65 tigen Blockadehaltung. Notwendige Investitionen in das Gesundheitswesen werden vom zu-
66 ständigen Ministerium angemahnt, aber dann vom Finanzminister gestrichen. Der Mangel an
67 Lehrerinnen und Lehrern wird auch von der SPD beklagt, aber der Bildungsminister scheint
68 nicht zuständig. Umwelt- und Naturschutzregelungen werden vom grüngeführten Ministerium
69 in die Wege geleitet, scheitern aber häufig an den Protesten von anderen Vertretern der Kenia-
70 Koalition. Grüne und SPD unterstützen teilweise den Kampf gegen den Rechtsextremismus,
71 während die Parolen der Rechten von einem anderen Teil der Koalition aufgenommen werden.
72 Die Blockade in diesem Land hat einen Namen: CDU.
73

74 Dabei lassen wir Grüne und SPD nicht aus der Verantwortung. Wir nehmen aber auch zur Kennt-
75 nis, dass bei der SPD der Wunsch, sich aus den Fesseln der CDU zu befreien, deutlich stärker
76 ausgeprägt ist als in den letzten Jahren. Andererseits müssen wir feststellen, dass die Grünen
77 selbst Kernthemen ihrer politischen Agenda zugunsten einer weiteren Kooperation mit der CDU
78 zur Disposition stellen.
79 Sachsen-Anhalt hat etwas Besseres verdient. Nach 18 Jahren CDU-Regierung mit unterschied-

Antrag-Nr. 5.2.

Antragsteller: Kreisverband Wittenberg

Zeilen 80/81 „... Vorstellungen von der ...“ streichen
dafür einfügen: „... *zielorientierten Ideen für die ...*“

80 lichen Koalitionspartnern wird klar, dass die selbsternannte „Sachsen-Anhalt-Partei“ keine Vor-
81 stellungen von der Zukunft dieses Landes hat, sondern lediglich ideenlos den Mangel verwaltet,
82 anstatt ihn zu beenden.

83
84 Wie in Sachsen-Anhalt mit den Folgen der Corona-Pandemie umzugehen ist, wird in den nächs-
85 ten Monaten und vor allem auch in der nächsten Legislaturperiode beantwortet werden müs-
86 sen. Mit der jetzigen Koalition drohen Einnahmeausfälle und Schuldenabbau zulasten der öf-
87 fentlichen Daseinsvorsorge und damit die Umverteilung von unten nach oben. Bereits jetzt hat
88 die CDU angekündigt, in der nächsten Wahlperiode viele Dinge streichen zu wollen: Bei der
89 Kinderbetreuung, bei Lehrerinnen und Lehrern, bei der Unterstützung der demokratischen Zi-
90 vilgesellschaft, beim Umwelt- und Klimaschutz und beim ÖPNV.

91 Unter diesen Bedingungen bedeutet Kenia in Zukunft nicht Stillstand, sondern Rückschritt.
92 Wir hingegen wollen nicht den Mangel verwalten, sondern neue Wege zur Überwindung dieser
93 Rotstiftpolitik gehen.

94
95
96
97
98

Ja, wir wollen gewählt werden. Hier sagen wir warum:

Antrag-Nr. 8.1.

Antragstellerin: Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 99 bis 109 werden ersetzt durch:

"Zur Erarbeitung des Wahlprogrammes haben wir uns auf dem Landesparteitag Mitte 2019 in Burg viel vorgenommen: Schon die einzelnen Arbeitsgruppen sollten sich parteiöffentlich treffen. Die Parteimitglieder sollten regelmäßig über wichtige Schritte der Textarbeit informiert werden, um frühzeitig Fragen, Anregungen und Kritik aufnehmen zu können. Auch öffentliche Diskussionsformate, sowohl in analoger als auch digitaler Form, waren angedacht. Der fertige Entwurf sollte schließlich in jedem Kreis- und Stadtverband vorgestellt werden. Kurzum: Der Programmprozess sollte geöffnet werden und ein wichtiger Meilenstein unserer innerparteilichen Demokratie.

Umgesetzt wurde das allerdings nicht. Viele Themenfelder wurden bei der Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion 2020 erarbeitet. Die 3er-Teams nahmen ihre Arbeit auf, allerdings nicht parteiöffentlich: Ihre Zusammensetzung und ihre Arbeitsweise blieben der Basis weitestgehend verschlossen. Die inhaltlichen Diskussionen drangen kaum aus der Redaktionsgruppe heraus. In einem Programmkonvent im November dieses Jahres wird der

Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten, statt basisnah oder wenigstens in Regionalkonferenzen vorgestellt.

Manches davon lässt sich durch die Corona-Pandemie erklären, die größere Veranstaltungen oder auch nur Arbeitstreffen lange Zeit verunmöglichte. Doch insbesondere die digitalen Möglichkeiten zur Vernetzung, zur Diskussion und zur Übermittlung der Arbeitsstände wurden nicht genutzt, um die Programmdiskussion zu öffnen. Auch als es wieder die Möglichkeit gab, unter entsprechenden Hygienevorschriften Präsenzveranstaltungen für Interessierte zu öffnen, wurden diese nicht nachgeholt. Damit bleiben alte Wissenshierarchien bestehen, Entscheidungsprozesse bleiben undurchsichtig und nicht zuletzt ist es ein Frustrationsmoment für diejenigen, die sich einbringen wollten. Vom Austausch der Argumente hätte nicht nur der Programmentwurf profitiert, sondern auch die inhaltliche Auseinandersetzung an den Wahlkampfständen. Die Erfahrungen und das Wissen möglichst vieler Genossinnen und Genossen bei jedem Schritt zum Wahlprogramm einzubeziehen, hätte gezeigt: In DIE LINKE kann man sich einbringen, wir diskutieren und entscheiden offen darüber, wie die richtige Politik für Sachsen-Anhalt aussehen soll, und danach kämpfen wir gemeinsam dafür, sie auch durchzusetzen.

An diesem Ziel halten wir aber auch unter den Unwegsamkeiten der Corona-Pandemie fest. Der Landesvorstand und die verantwortlichen Genossinnen und Genossen in den 3er-Teams sind umso mehr gefordert, wenigstens in den letzten Schritten des Programmprozesses die Basis einzubinden und dabei auch kreativ zu sein: Sei es, indem die 3er-Teams ihre Arbeit online zur Diskussion stellen oder indem noch Anregungen und Kritik zu den Arbeitsständen eingeholt und bearbeitet werden. Wichtig ist, dass die Partei mit sich selbst und mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern ins Gespräch kommt. Und das nicht erst auf dem Programmparteitag."

Begründung:

Nichts ist so gelaufen, wie es Mitte letzten Jahres vom Landesparteitag in Burg beschlossen wurde. Im Leitantrag spiegelt sich das nicht wider: Dass der Prozess ganz anders laufen sollte, wird kaum zur Kenntnis genommen. Was zur Umsetzung des in Burg beschlossenen Prozesses ursprünglich angedacht war, was davon warum nicht stattfinden konnte und welche Alternativen in Erwägung gezogen und umgesetzt wurden, bleibt - wie der Programmprozess selbst - das Geheimnis derjenigen, die darin involviert sind. Der pauschale Verweis auf Corona bleibt im Angesicht digitaler Diskussionsformate, die bereits in Burg gefordert worden waren, absolut unbefriedigend. Zum Stand dieser Antragsstellung wussten entgegen der Behauptung im Leitantrag jene Stadt- und Kreisvorstände, die wir dazu befragt haben, auch nichts vom aktuellen Stand des Programmentwurfes. Es erscheint dringend notwendig, dem Landesvorstand eine ehrliche Bestandsaufnahme des bisherigen Programmprozesses in den Leitantrag zu schreiben, wenn er dazu selbst nicht bereit ist. Der Landesparteitag sollte darauf bestehen, dass die von ihm 2019 beschlossenen Ziele des Erarbeitungsprozesses weiter verfolgt werden. Wenn sich einzelne Teile davon nicht umsetzen lassen, muss das wenigstens hinreichend erklärt werden: Das ist ein Vorstand dem Parteitag, der ihn gewählt hat, schuldig.

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

"Zur Erarbeitung des Wahlprogrammes haben wir uns auf dem Landesparteitag Mitte 2019 in Burg viel vorgenommen: ~~Schon die einzelnen Arbeitsgruppen sollten sich parteiöffentlich~~

~~treffen. Die Parteimitglieder sollten regelmäßig über wichtige Schritte der Textarbeit informiert werden, um frühzeitig Fragen, Anregungen und Kritik aufnehmen zu können. Auch öffentliche Diskussionsformate, sowohl in analoger als auch digitaler Form, waren angedacht. Der fertige Entwurf sollte schließlich in jedem Kreis und Stadtverband vorgestellt werden. Kurzum: Der Programmprozess sollte geöffnet werden und ein wichtiger Meilenstein unserer innerparteilichen Demokratie **werden**.~~

~~Umgesetzt wurde das allerdings nicht **ausreichend**. Viele Themenfelder wurden bei der Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion 2020 erarbeitet. Die 3er Teams nahmen ihre Arbeit auf, allerdings nicht parteiöffentlich: Ihre Zusammensetzung und ihre Arbeitsweise blieben der Basis weitestgehend verschlossen. Die inhaltlichen Diskussionen drangen kaum aus der Redaktionsgruppe heraus. In einem Programmkonvent im November dieses Jahres wird der Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten, statt basisnah oder wenigstens in Regionalkonferenzen vorgestellt.~~

~~Manches davon lässt sich durch die Corona-Pandemie erklären, die größere Veranstaltungen oder auch nur Arbeitstreffen lange Zeit verunmöglichte. Doch insbesondere die digitalen Möglichkeiten zur Vernetzung, zur Diskussion und zur Übermittlung der Arbeitsstände wurden **bisher nicht ausreichend** genutzt, um die Programmdiskussion zu öffnen. Auch als es wieder die Möglichkeit gab, unter entsprechenden Hygienevorschriften Präsenzveranstaltungen für Interessierte zu öffnen, wurden diese nicht nachgeholt. Damit bleiben alte Wissenshierarchien bestehen, Entscheidungsprozesse bleiben undurchsichtig und nicht zuletzt ist es ein Frustrationsmoment für diejenigen, die sich einbringen wollten. Vom Austausch der Argumente hätte nicht nur der Programmentwurf profitiert, sondern auch die inhaltliche Auseinandersetzung an den Wahlkampfständen. Die Erfahrungen und das Wissen möglichst vieler Genossinnen und Genossen bei jedem Schritt zum Wahlprogramm einzubeziehen, **muss dennoch immer unser Ziel sein**. hätte gezeigt: In DIE LINKE kann man sich einbringen, wir diskutieren und entscheiden offen darüber, wie die richtige Politik für Sachsen-Anhalt aussehen soll, und danach kämpfen wir gemeinsam dafür, sie auch durchzusetzen.~~

~~An diesem Ziel halten wir aber auch unter den Unwegsamkeiten der Corona-Pandemie fest. Der Landesvorstand und **Die Redaktionskommission** und die verantwortlichen Genossinnen und Genossen in den 3er-Teams **aus Partei, Fraktion und externem Sachverstand** sind umso mehr gefordert, wenigstens in den letzten Schritten des Programmprozesses die Basis einzubinden und dabei auch kreativ zu sein: Sei es, indem die **Die nun angebotenen Online-Diskussionen stellen einen guten Grundstein dar, der noch ausbaufähig ist, um über die Vorschläge der 3er-Teams ihre Arbeit online zu diskutieren.** zur Diskussion stellen oder indem **Es bleibt wichtig**, noch Anregungen und Kritik zu den Arbeitsständen **einzuholen und zu bearbeiten und eingeholt und bearbeitet werden.** Wichtig ist, dass die Partei mit sich selbst und mit ihren Unterstützerinnen und Unterstützern ins Gespräch kommt. Und das nicht erst auf dem Programmparteitag."~~

Antrag-Nr. 9.4.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 99 bis 118 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler Sparpolitik, bessere Bildung für alle statt schulterzuckender Ignoranz, den Einsatz für einen sozial-ökologischen Umbau statt Vernachlässigung der Gefahren des Klimawandels und den entschiedenen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus statt heimlicher und offener Sympathien für rechte Parolen.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

99 Die Erarbeitung unseres Wahlprogramms begann bereits auf dem Landesparteitag Mitte 2019
100 in Burg. Viele Themenfelder wurden bei der Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion
101 im Januar 2020 erarbeitet. Die Erarbeitungsteams nahmen ihre Arbeit auf. Doch blieb auch
102 dieser Prozess nicht von der Corona-Pandemie verschont. Die vom Landesvorstand berufene
103 Redaktionsgruppe für das Wahlprogramm hat unter erschwerten Beratungsmöglichkeiten in-
104 zwischen ihren Arbeitsstand den Kreisvorständen übermittelt. Das Wahlprogramm folgt dabei
105 der im Juli beschlossenen Wahlstrategie. Programmatisch steht damit die Aufgabe, ein schlüs-
106 siges Konzept zu Bewältigung der Krisenfolgen im öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor
107 mit konkreten sozialen und ökologischen Transformationsprojekten zu verbinden. In einem Pro-
108 grammkonvent im November dieses Jahres wird der Entwurf des Wahlprogramms gemeinsam
109 mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten.

110
111 Wir wollen erreichen, dass die Auseinandersetzung der LINKEN mit der CDU zum zentralen
112 Wahlkampfthema wird. Mehr soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler Sparlogik, bessere Bildung
113 für alle statt schulterzuckender Ignoranz gegenüber dem drohenden Zusammenbruch unseres
114 Schulsystems, den Einsatz für einen sozialökologischen Umbau statt der Ignoranz gegenüber
115 den Gefahren des Klimawandels und den entschiedenen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit
116 und Rassismus statt heimlicher und offener Sympathien für rechte Parolen. Das sind die Kern-
117 punkte unserer politischen Auseinandersetzung mit der CDU heute genauso wie im Wahlkampf.

118
119 **Für den kommenden Wahlkampf wird sich DIE LINKE auf folgende Hauptziele**

120 **konzentrieren:**

121
122 **Machen wir das Gemeinsame stark.**

123 Wir wollen in der Landes- und Bundespolitik erreichen, dass den Menschen in Sachsen-Anhalt
124 Hoffnung auf eine sozial sichere Zukunft gegeben und ihnen die Angst vor der Zukunft genom-
125 men wird. Wir sind die Partei mit dem sozialen Kompass. Verteilungsgerechtigkeit, Klimage-

Antrag-Nr. 4.1.

Antragsteller/-innen: Eva von Angern, Stefan Gebhardt, Monika Hohmann, Gritt Kumar

Zeile 126/127

wird nach „... sowie Teilhabegerechtigkeit die Wortgruppe „und der Kampf gegen Kinderarmut“ ergänzt.

Der Landesvorstand übernimmt.

126 rechtigkeit, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen sowie Teilhabege-
127 rechtigkeit haben für uns immer eine soziale Dimension. Zur Gleichberechtigung von Frau und

128 Mann gehört für uns auch die paritätische Besetzung im Landtag, in der Regierung und im Lan-
129 desverfassungsgericht.

Antrag-Nr. 1.1.

Antragsteller: Stephan Krull

Zeile 130

Den Satz „Deshalb kämpfen wir ... Gehälter.“ ändern in:

„Deshalb kämpfen wir *für kollektive Arbeitszeitverkürzung, für die kurze Vollzeit für alle, für bessere und tarifliche Löhne und Gehälter.*“

Der Landesvorstand übernimmt.

130 Nur was sozial gerecht ist, ist auch zukunftsfähig. Deshalb kämpfen wir für bessere Löhne und

Antrag-Nr. 9.5.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

In den Zeilen 130/131 ist der Satz „Öffentliche Aufträge in Sachsen-Anhalt sollen künftig per Gesetz besser entlohnt werden“ zu streichen.

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

131 Gehälter. Öffentliche Aufträge in Sachsen-Anhalt sollen künftig per Gesetz besser entlohnt wer-
132 den.

Antrag-Nr. 4.2.

Antragsteller/-innen: Eva von Angern, Stefan Gebhardt, Monika Hohmann, Gritt Kumar
Nach Zeile 132 wird ein zusätzlicher Punkt mit folgender Überschrift und folgenden Wortlaut eingefügt:

„Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung der Gesellschaft durch (Kinder-) Armut

Die Armut in unserem Land ist hausgemacht und betrifft in Sachsen-Anhalt mehr als jedes fünfte Kind. Die Ursachen für Armut sind vielfältig und spalten unsere Gesellschaft. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden!

Kinderarmut ist das größte Armutszeugnis für unser reiches Land! Daher werden wir uns für eine eigenständige Kindergrundsicherung auf Bundesebene einsetzen. DIE LINKE will die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen sichern!

Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und Elternarmut bedeutet oft Altersarmut. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden! Wir setzen uns deshalb für die Erhöhung des Mindestlohns, eine gerechte und solidarische Verteilung des Reichtums, das Ersetzen von Hartz IV durch eine individuelle, sanktionsfreie Mindestsicherung sowie die Anhebung des Rentenniveaus, eine solidarische Finanzierung der Rente und eine Grundrente für in der DDR geschiedene Frauen ein.“

Der Landesvorstand übernimmt teilweise in folgender Form:

„Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung der Gesellschaft durch ~~(Kinder-)~~ Armut

~~Die Armut in unserem Land ist hausgemacht und betrifft in Sachsen-Anhalt mehr als jedes fünfte Kind. Die Ursachen für Armut sind vielfältig und spalten unsere Gesellschaft. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden!~~

~~Kinderarmut ist das größte Armutszeugnis für unser reiches Land! Daher werden wir uns für eine eigenständige Kindergrundsicherung auf Bundesebene einsetzen. DIE LINKE will die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen sichern!~~

~~Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und Elternarmut bedeutet oft Altersarmut. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden! Wir setzen uns deshalb für die Erhöhung des Mindestlohns, eine gerechte und solidarische Verteilung des Reichtums, das Ersetzen von Hartz IV durch eine individuelle, sanktionsfreie Mindestsicherung sowie die Anhebung des Rentenniveaus, eine solidarische Finanzierung der Rente und eine Grundrente für in der DDR geschiedene Frauen ein.“~~

133

134

Gute Sozialpolitik braucht eine stabile Wirtschaft, gerade im Wandel.

Antrag-Nr. 9.6.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 135 bis 151 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Wir stehen für eine nachhaltige Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Der klimabedingte Strukturwandel soll mehr Lebensqualität und nicht noch mehr abgehängte Regionen zur Folge haben. Den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft (hin zu einer nachhaltigen, klimagerechten, ressourcenschonenden Wirtschaftsordnung) wollen wir sozial gerecht und demokratisch gestalten. Der Strukturwandel in der Braunkohle, aber auch in der Automobilindustrie muss daher bürgernah gestaltet und für mehr Lebensqualität für Einwohnerinnen und Einwohner genutzt werden. Die traditionellen Wirtschaftszweige wollen wir bei der Erneuerung begleiten und ihnen Unterstützungsangebote unterbreiten. Die Stärken Sachsen-Anhalts bei den erneuerbaren Energien wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm für CO₂-neutrale Energieproduktion und die Möglichkeit, daraus Einnahmen für die öffentliche Hand zu erzielen.

Wirtschaft heißt für uns auch immer, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und für mehr gewerkschaftliche Rechte einzutreten. Handwerk, Klein- und mittelständische Unternehmen und Soloselbständige können auf unsere Unterstützung bauen. Wir wollen Modellprojekte für ein Grundeinkommen für selbständige Künstlerinnen und Künstler sowie Dienstleister im Kulturbereich umsetzen.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

135 Wir stehen für eine nachhaltige Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Der klimabedingte Strukturwandel soll mehr Lebensqualität und nicht noch mehr abgehängte Regionen zur Folge haben.
136 Den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft (hin zu einer nachhaltigen, klimagerechten, nicht-fossilen Wirtschaftsordnung) wollen wir sozial gerecht und demokratisch gestalten.
137 Der Strukturwandel in der Braunkohle, aber auch in der Automobilindustrie muss daher bürgernah gestaltet und für mehr Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.
138 Die traditionellen Wirtschaftszweige wollen wir bei der Erneuerung begleiten und ihnen Unterstützungsangebote unterbreiten. Die Stärken Sachsen-Anhalts bei den Erneuerbaren Energien

143 wollen wir weiter ausbauen. Wir wollen ein kommunales Investitionsprogramm für CO₂-neutrale
144 Energieproduktion und die Möglichkeit, daraus Einnahmen für die öffentliche Hand zu erzielen.
145 Die Entstehung von Mülldeponien wollen wir gesetzlich beschränken, Müllimporte und Mülllex-
146 porte auf ein Minimum begrenzen.

Antrag-Nr. 1.2.

Antragsteller: Stephan Krull

Zeile 147

Ursprüngliche Formulierung ersetzen durch:

*„Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr in den Städten und Regionen durch Bürger-
tickets und Umlagefinanzierung zum Nulltarif anbieten.“*

Antrag-Nr. 6

Antragsteller: Jürgen Ohst

Zeile 147 wie folgt ändern:

„Wir wollen den fahrscheinlosen Personennahverkehr in Sachsen-Anhalt einführen.“

Begründung:

Es ist zu erwarten, dass die Kosten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Zu-
kunft immer weiter ansteigen. Die ländlichen Räume haben darunter überproportional zu
leiden, also muss DIE LINKE schon aus diesem Grund Alternativen schaffen. Gleichzeitig
trägt der MIV in ganz erheblichem Maße zur Luftverschmutzung, zum Klimawandel und
durch immer neuen Straßenbau zu Flächenfraß, Artenschwund und flächenhafter Verlärm-
ung der Umwelt bei. Aus all diesen Gründen ist schnelles Handeln gefragt, die Zeit für
Modelle, Versuche und zaghaftes Zaudern ist vorbei. Über die Finanzierung wird sicher
noch zu reden sein, es könnte auf jeden Fall eine ganze Reihe von umweltschädlichen Sub-
ventionen umgeleitet werden.

Antrag-Nr. 8.2.

Antragstellerin: Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt

Zeile 147 wird ersetzt durch:

*"Wir setzen uns für einen flächendeckenden fahrscheinlosen ÖPNV (öffentlicher
Personennahverkehr) ein: Nicht als urbanes Projekt, sondern vor Allem für den ländlichen
Raum, damit ihn jede*r nutzen kann, egal, wann die Schicht beginnt, oder die Party aufhört."*

Begründung:

Es ist ersichtlich, was für eine wichtige Rolle Mobilität bei einem sozial-ökologischem
Umbau spielt. Nicht nur, dass er es allen Menschen möglich macht, ihren Alltag zu
bewältigen, unabhängig vom Wohnort und der finanziellen Situation: Er befreit auch vom
Zwang, ein Auto o. Ä. zu besitzen, wenn man im ländlichen Raum lebt. Gleichzeitig würde
ein fahrscheinloser ÖPNV auch die durch Individualverkehr erzeugten Emissionen an CO₂
und anderen Treibhausgasen senken.

Ein guter ÖPNV, als Alternative zum Individualverkehr, muss so gestaltet werden, dass er
das Land verbindet; so getaktet ist, dass jede*r ihn nutzen kann, egal, wann die Schicht
beginnt, oder die Party aufhört. Darauf wird in Z. 184 f. des Leitantrages hingewiesen.
Deswegen ist es sehr wichtig, vor der Landtagswahl, mitten in einer Klima- und sozialen
Krise, solche Forderungen aufzustellen.

Der Landesvorstand übernimmt.

147 Wir wollen Modelle des fahrscheinlosen Personenverkehrs fördern.
148 Wirtschaft heißt für uns auch immer, für mehr Mitbestimmung der Beschäftigten und für mehr
149 gewerkschaftliche Rechte einzutreten. Handwerk, KMU und Soloselbständige können auf un-
150 sere Unterstützung bauen. Wir wollen Modellprojekte für ein Grundeinkommen für selbständige
151 Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende sowie Dienstleister im Kulturbereich umsetzen.

152
153

Zugang zu Bildung und Wissenschaft gerechter machen.

Antrag-Nr. 9.7.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-
Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 154 bis 162 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Sachsen-Anhalt braucht eine kluge Bildungspolitik, mehr Lehrerinnen und Lehrer und Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen. Soziale Barrieren in der Bildung gehören abgeschafft. Wir können uns keine Talentverschwendung wegen Geldmangel leisten. Kinderarmut ist eine Bildungssperre, die wir überwinden wollen. Wir wollen im Land eine verbindliche Zuweisung an Lehrkräften gemessen an der Schüler/-innenzahl und einer guten Unterrichtsversorgung durchsetzen. Wir wollen, dass die Forderungen des Volksbegehrens gegen Lehrermangel Gesetz werden. Wir wollen unseren Gesetzentwurf „Gebührenfreie Kita und Horte in Sachsen-Anhalt“ realisieren.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

154 Sachsen-Anhalt hat vergleichsweise wenig Geld. Wer nichts im Geldbeutel hat, muss auf den
155 Geist seiner Leute setzen. Dafür bedarf es aber einer klugen Bildungspolitik, mehr Lehrerinnen
156 und Lehrer, mehr Frauen in wissenschaftlichen Spitzenpositionen. Soziale Barrieren in der Bil-
157 dung gehören abgeschafft. Wir können uns keine Talentverschwendung wegen Geldmangel leis-
158 ten. Kinderarmut ist eine Bildungssperre, die wir überwinden wollen. Wir wollen im Land eine
159 verbindliche Zuweisung an Lehrkräften gemessen an der Schüler/-innenzahl und einer guten
160 Unterrichtsversorgung durchsetzen. Wir wollen, dass die Forderungen des Volksbegehrens ge-
161 gen den Lehrermangel Gesetz werden. Wir wollen unseren Gesetzentwurf „Gebührenfreie Kita
162 und Horte in Sachsen-Anhalt“ realisieren.

163
164

Wohnortnahes Gesundheits- und Pflegesystem gewährleisten.

Antrag-Nr. 9.8.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-
Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 165 bis 177 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Das Land Sachsen-Anhalt braucht eine bedarfsgerechte und flächendeckende Gesundheitsversorgung. Wir wollen, dass eine gemeinsame Krankenhausgesellschaft des Landes und der Kommunen geschaffen wird und verfolgen das Ziel, die kommerziell geführten Krankenhäuser schrittweise in diese Gesellschaft zu überführen.“

In der ambulanten und stationären Pflege wollen wir einen öffentlichen Sicherstellungsauftrag gesetzlich verankern und kommunale Pflegeeinrichtungen fördern.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

165 Es soll eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung flächendeckend hergestellt werden. Eine
166 gemeinsame Krankenhausgesellschaft des Landes und der Kommunen soll geschaffen werden.
167 Wir verfolgen das Ziel, die kommerziell geführten Krankenhäuser in diese Gesellschaft schritt-
168 weise zu überführen. Wir wollen den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst allgemeinverbind-
169 lich machen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Fallpauschalen-Regelung
170 ein.

171 In der ambulanten und stationären Pflege wollen wir einen öffentlichen Sicherstellungsauftrag
172 gesetzlich verankern und kommunale Pflegeeinrichtungen fördern.

Antrag-Nr. 3.3.

Antragsteller: Landesausschuss

Zeile 173 ändern in: „*Chronisch Kranke und Menschen mit Beeinträchtigungen* sind für DIE LINKE ...“

Der Landesvorstand übernimmt.

173 Chronisch kranke und behinderte Menschen sind für DIE LINKE selbstverständlich Teil unserer
174 Gesellschaft, auch während der Corona-Pandemie. Ihre gesundheitliche und pflegerische Ver-
175 sorgung wollen wir ebenso verbessern wie ihre Integration in anderen Bereichen (z. B. Schule
176 und Beruf). Hierzu werden wir unsere Kooperation mit den Betroffenen, ihren Vertretern und

Antrag-Nr. 7.

Antragsteller: Detlef Eckert, Karsten Lippmann, Achim Bittrich

In Zeile 177 wird folgender Satz angefügt:

„Unser gemeinsames Ziel ist eine in allen Bereichen barrierefreie Gesellschaft.“

Begründung:

Im gesamten Leitantrag taucht der Begriff der Barrierefreiheit nicht auf. Das wurde im Landesausschuss moniert, aber es gab keinen konkreten Vorschlag, wo das unterzubringen ist. An dieser Stelle ist es passfähig, als Zielfunktion auch stimmig und problemlos einzuordnen.

Der Landesvorstand übernimmt.

177 Verbänden, fortsetzen und vertiefen.

178

179 **Ländliche Räume nicht länger abhängen.**

Antrag-Nr. 9.9.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 180 bis 185 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Wir wollen das Leben in der Kleinstadt und auf dem Dorf attraktiver machen. Dörfer sind viel mehr als das Umland von Metropolen. Menschen im ländlichen Raum brauchen Chancengleichheit in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Niemand darf vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb ist ein grundsätzlich neuer Ansatz für den ÖPNV notwendig.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

Der Landesvorstand übernimmt.

180 Wir wollen das Leben in der Kleinstadt und auf dem Dorf attraktiver machen. Dörfer sind viel
181 mehr als das Umland von Metropolen. Finanzwelt und Regierungen sind bisher metropolenfi-
182 xiert, für den Rest gibt es allenfalls Nachsorge. Das geht auch anders. Menschen im ländlichen
183 Raum brauchen Chancengleichheit in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Niemand darf vom
184 sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb ist ein grundsätzlich neuer
185 Ansatz für den Teil des ÖPNV notwendig, der Stadt und Land verbindet.
186

Keinerlei Nationalismus und Rassismus dulden.

Antrag-Nr. 9.10.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 188 bis 196 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„DIE LINKE setzt sich in Sachsen-Anhalt überall für die Verteidigung der Menschenwürde und der Demokratie ein. Wir unterstützen Projekte für Toleranz und Vielfalt. Wir sind aktiv in vielen antifaschistischen Bündnissen. Wir wollen das Verfassungsziel des Antifaschismus in reales staatliches Handeln überleiten, indem wir u. a. die strukturellen Defizite bei der Bekämpfung rechter Gewalt beseitigen und die von rechter Gewalt betroffenen Menschen besser unterstützen.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

188 Kein Mensch wird als Rassist geboren und dennoch werden zu viele Menschen bereits in jungen
189 Jahren zu Fremdenfeinden und Rechtsextremisten. Wer sich nach oben nicht zu widersetzen
190 traut, der tritt nach unten. DIE LINKE setzt sich in Sachsen-Anhalt überall für die Verteidigung
191 der Menschenwürde und der Demokratie ein. Wir sind viel mehr als eine Anti-AfD, aber gegen
192 deren Treiben kämpfen wir mit aller demokratischen Konsequenz. Wir unterstützen Jugendpro-
193 jekte zur Förderung von Toleranz und Vielfalt. Wir sind aktiv in vielen antifaschistischen Bünd-
194 nissen. Wir wollen das Verfassungsziel des Antifaschismus in reales staatliches Handeln über-
195 leiten, indem wir u.a. die strukturellen Defizite bei der Bekämpfung rechter Gewalt bei Polizei
196 und Justiz beseitigen und von rechter Gewalt betroffene Menschen besser unterstützen.
197

Kommunale Selbstverwaltung zurückgewinnen.

Antrag-Nr. 9.11.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 199 bis 203 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Die Städte, Gemeinden und Landkreise stehen ganz am Ende der Verteilungskette von Geld und Einfluss. Wir wollen das Staatswesen vom Kopf auf die Füße stellen und mehr Basisdemokratie durchsetzen. Wir verfolgen das Projekt einer gerechten Steuerreform zugunsten der Städte und Gemeinden.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

Der Landesvorstand übernimmt in folgender Form:

*„Die Städte, Gemeinden und Landkreise stehen ganz am Ende der Verteilungskette von Geld und Einfluss. Wir wollen das Staatswesen vom Kopf auf die Füße stellen und mehr Basisdemokratie durchsetzen. Wir verfolgen das Projekt einer gerechten Steuerreform zugunsten der Städte und Gemeinden, **auch um coronabedingte Ausfälle auszugleichen.**“*

199 Die Städte und Gemeinden stehen ganz am Ende der Verteilungskette von Geld und Einfluss.
200 Wir wollen das Staatswesen vom Kopf auf die Füße stellen und mehr Basisdemokratie durch-
201 setzen. Alles wächst von unten nach oben, außer in der Finanzwelt. Das lässt sich ändern. Wir
202 verfolgen das Projekt einer gerechten Steuerreform zugunsten der Städte und Gemeinden,
203 auch um coronabedingte Ausfälle auszugleichen.
204

Antrag-Nr. 9.12.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 205 bis 213 sind zu streichen.

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

205 **Zukunftsfaktor OST**

Antrag-Nr. 8.3.

Antragstellerin: Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 206 bis 208 „Die Einheit finden wir gut, nicht aber, dass die Mehrheit der Verlierer Ostdeutsche sind und die Mehrheit der Gewinner Westdeutsche.“ werden ersetzt durch:

„Auch wenn die Wende für viele Bürgerinnen und Bürger im Osten ein Zugewinn war - in freien Wahlen, in Meinungs- und Reisefreiheit, in der Wiedervereinigung von Familien - gilt es nach wie vor die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen der Nachwendezeit aufzuarbeiten.“

Begründung:

Dass die Mehrheit der Westdeutschen Gewinner sind, ergibt lediglich mathematisch Sinn. Des Weiteren darf man nicht vergessen, dass die meisten Bürger*innen der ehemaligen DDR froh sind, mehr als den Ostblock bereisen zu können.

206 Wir sind gerade beteiligt an dem staatstragenden Feiern von 30 Jahren deutscher Einheit. Die
207 Einheit finden wir gut, nicht aber, dass die Mehrheit der Verlierer Ostdeutsche sind und die
208 Mehrheit der Gewinner Westdeutsche. Es gibt nach wie vor eine West-Ost-Ungerechtigkeit. Das

Antrag-Nr. 1.3.

Antragsteller: Stephan Krull

Zeile 209

Ergänzung wie folgt: „Wir wollen *gleiche Arbeitszeiten*, gleiche Löhne und *gleiche Renten*.“

Der Landesvorstand übernimmt.

209 wollen wir ändern. Wir wollen gleiche Löhne und Renten. Wir wollen keinen Osten als Niedrig-

Antrag-Nr. 8.4.

Antragstellerin: Linksjugend ['solid] Sachsen-Anhalt

Zeilen 210 bis 212 „Vor allem aber wollen wir die Anerkennung des ostdeutschen Erfahrungsvorsprungs beim Bewältigen von gesellschaftlichen Umbrüchen. Wir können Krisen meistern, auch wenn viele Erfahrungen bitter waren.“ werden ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Wie haben "wir" Krisen gemeistert? Wer ist dieses "Wir"? DIE LINKE ist hier sichtlich nicht gemeint. Denn die CDU hat in allen ostdeutschen Flächenländern länger mitregiert als DIE LINKE. Im Antrag wird zu Recht benannt, dass Ostdeutschland bei Renten und Löhnen benachteiligt bleibt: Gemeistert sieht anders aus und das hat auch mit den CDU-Landesregierungen zu tun, die "wir" gewählt haben.

Aber dabei, CDU-Mehrheiten für schlechte Löhne und schlechte Renten zu organisieren, haben es viele von "uns" ja nicht belassen. Viele ostdeutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten mussten in den 90ern Leib und Leben riskieren, teils opfern, um sich gegen die Krisenbewältigungsstrategien mancher von "uns" zur Wehr zu setzen. Das als "bittere Erfahrungen" eines ostdeutschen "Wir" unbenannt zu lassen, ist zynisch und politisch falsch: Die ostdeutsche Linke tut gut daran, politische Frontstellungen in Ostdeutschland klar zu benennen und sich nicht in ein unpolitisches "Wir" zu flüchten.

210 lohngelände. Vor allem aber wollen wir die Anerkennung des ostdeutschen Erfahrungsvorsprungs
211 beim Bewältigen von gesellschaftlichen Umbrüchen. Wir können Krisen meistern, auch wenn
212 viele Erfahrungen bitter waren. Wir treten für das Projekt ein, Erfahrungen aus Sachsen-Anhalt
213 beim sozialökologischen Umbau bundesweit zu nutzen.
214

Antrag-Nr. 9.13.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 215 bis 239 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„Eine Landesregierung mit der der LINKEN bietet Hoffnung statt Angst, Solidarität statt Ausgrenzung und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung. Wir haben bei den letzten Landtagswahlen im Osten deutlich vor Augen vorgeführt bekommen, wie stark der Einfluss von Personen auf das Wahlergebnis ist. Wenn wir unsere Ziele umsetzen wollen, brauchen wir an der Spitze eine glaubwürdige Person, die diese Rolle erfolgreich ausfüllen kann. Dafür hat der Landesvorstand im Juli 2020 einstimmig Eva von Angern vorgeschlagen. Sie vereint lange politische Erfahrung mit der Fähigkeit, Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Hintergründen zusammenzuführen und zu aktivieren.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

Antrag-Nr. 3.2.

Antragsteller: Landesausschuss

Zeile 215

Der Text „..., die CDU ist die Partei des Ellenbogens.“ ist zu streichen.

215 **Zusammengefasst:** Wir sind die Partei der Solidarität, die CDU ist die Partei des Ellenbogens.

216

217 Eine Landesregierung mit der LINKEN bietet Hoffnung statt Angst, Solidarität statt Ausgrenzung
218 und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung. Wir haben bei den letzten Landtagswahlen im
219 Osten deutlich vor Augen geführt bekommen, wie stark der Einfluss von Personen auf das Wahl-
220 ergebnis ist. Wenn wir unser Ziel umsetzen wollen, die Auseinandersetzung zwischen der CDU
221 und der LINKEN zur zentralen Konfliktlinie dieses Wahlkampfes zu machen, brauchen wir an
222 der Spitze eine glaubwürdige Person, die diese Auseinandersetzung erfolgreich führen kann.
223 Dafür hat der Landesvorstand im Juli 2020 einstimmig Eva von Angern vorgeschlagen. Sie per-
224 sonifiziert unsere Position im bevorstehenden Wahlkampf. Sie ist die Anwältin der sozialen Ge-
225 rechtigkeit. Glaubwürdig vertritt sie diese Kernkompetenz der LINKEN unter anderem in den
226 von ihr im Bund und im Land mitgegründeten „Netzwerken gegen Kinderarmut“. Als langjährige
227 Vorsitzende des überparteilich arbeitenden Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt hat sie darüber
228 hinaus die Kompetenz erwerben können, Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen Hin-
229 tergründen zusammenzuführen. Eva verbindet Protest und politische Handlungsalternativen mit
230 der Fähigkeit, weit über unser politisches Spektrum hinaus Bündnisse zu organisieren. Der Lan-
231 desparteitag unterstützt den Vorschlag des Landesvorstandes, der Vertreterversammlung Eva
232 von Angern für den Listenplatz 1 vorzuschlagen.

233

234 Wir treten in allen Wahlkreisen mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten an und streben
235 eine deutliche Steigerung des Zweitstimmenergebnisses für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt an.

Antrag-Nr. 2.2.

Antragsteller: Stadtparteitag DIE LINKE. Magdeburg

Zeilen 236

In der Zusammenfassung des Leitantrages steht in Zeile 236 das Ziel „das 2016 gewonnene Direktmandat zu verteidigen.“

Das ist unseres Erachtens ein zu bescheidenes Ziel. Der Stadtverband Magdeburg hat sich das Ziel gesetzt, mindestens ein Direktmandat (wieder) zu gewinnen.

Wir beantragen die Aufnahme dieses Zieles in den Beschluss des Landesparteitages, gegebenenfalls auch die diesbezüglichen Ziele anderer Stadt- und Kreisverbände.

Begründung:

Im WK 22 Köthen sehen Erst- und Zweitstimmenergebnis wie folgt aus:

Christina Buchheim	LINKE	26,5	19,3
Hannes Loth	AfD	26,2	25,1
Wilfried Langner	CDU	24,3	28,6

Im Wahlkreis 10 Magdeburg Nord sehen Erst- und Zweitstimmergebnis wie folgt aus:

Oliver Kirchner	AfD	23,9	21,6
Edwina Koch-Kupfer	CDU	23,7	26,5
Hans-Joachim Mewes	LINKE	20,0	18,2

Die Differenzen sind so gering, dass ein Kampf um den ersten Platz jeweils erfolgreich sein kann – zumal davon auszugehen ist, dass sowohl wir als auch die CDU in Magdeburg mit anderen Kandidatinnen antreten werden.

236 Wir kämpfen aber auch darum, das 2016 gewonnene Direktmandat zu verteidigen.
237 2021 wird nicht nur wegen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, sondern wegen der Landtags-
238 wahl in Thüringen und vor allem der Bundestagswahl, das Jahr einer Weichenstellung für die
239 ganze Republik. Die Wahl in Thüringen am 25. April 2021 wird vieles entscheiden.

240
241
242
243

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Machen wir.

Antrag-Nr. 9.14.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 244 bis 280 sind zu streichen und wie folgt zu ersetzen:

„In allen Wahlkreisen werden wir Kandidatinnen und Kandidaten nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit verwurzelt sind oder öffentlich im Sinne der LINKEN wirken. Das können Mitglieder der Partei oder parteiungebundene Persönlichkeiten sein. Wir erwarten von allen Kandidatinnen und Kandidaten, dass sie offensiv und überzeugend unsere politischen Grundpositionen vertreten und sich aktiv und ideenreich in den Wahlkampf einbringen. Dazu gehört auch, dass wir eine ausgewogene Präsenz der künftigen Abgeordneten in den Regionen mit ihren Bürgerbüros absichern müssen. Wir erwarten daher von allen Kandidierenden die Bereitschaft, die Einrichtung ihrer Büros mit dem Landesverband abzustimmen.“

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

244 Der Landesvorstand ist für die politische, organisatorische und personelle Vorbereitung der
245 Landtagswahl 2021 verantwortlich. Er hat eine gegliederte Wahlkampfstruktur beschlossen.
246 Die Kommission Strategie und Wahlen trägt die Verantwortung für Erarbeitung und Fortschrei-

247 bung der Wahlstrategie und der Grundzüge der Kommunikationsstrategie. Das operative Wahl-
248 büro zeichnet verantwortlich für die technische, organisatorische und finanzielle Gewährleistung
249 des gesamten Wahlkampfes. Herzstück der Struktur ist das Landeswahlplenum, in dem
250 alle Stadt- und Kreisverbände eine Stimme haben und in dem alle wichtigen Entscheidungen im
251 Wahlkampf vorbereitet und besprochen werden. Die Kommission Strategie und Wahlen und das
252 Landeswahlplenum erarbeiten gemeinsam die politischen Vorgaben für die Konzeption der
253 Wahlkampagne und führen die Vorschläge in einem konstruktiven Dialog mit der beauftragten
254 Agentur bis zur Beschlussreife. Hier bauen wir auf die guten Erfahrungen aus den Kommunal-
255 wahlen 2019 auf, wohl wissend, dass es nicht nur gute Erfahrungen waren. Nur mit einem
256 Wahlkampf aus einem Guss unter Berücksichtigung aller regionalen Besonderheiten werden wir
257 unsere hochgesteckten Ziele erreichen.

258
259 Wir werden geeignete Kandidatinnen und Kandidaten nominieren. Wir erwarten von allen, dass
260 sie offensiv und überzeugend unsere politischen Grundpositionen vertreten und sich aktiv und
261 ideenreich in den Wahlkampf einbringen. Unsere Erwartungen an alle Kandidierenden haben
262 wir bereits mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden diskutiert, der Landesvorstand hat Kriterien
263 dafür beschlossen. Dazu gehört auch, dass wir eine ausgewogene Präsenz der künftigen Abge-
264 ordneten in den Regionen mit ihren Bürgerbüros absichern müssen. Wir erwarten daher von
265 allen Kandidierenden die Bereitschaft, die Einrichtung ihrer Büros mit dem Landesverband ab-
266 zustimmen.

Antrag-Nr. 1.4.

Antragsteller: Stephan Krull

Zeile 268

Ergänzung wie folgt:

„Kandidierende zu nominieren, die für *die gesamte Breite der Politik* der LINKEN ...“

268 Wir orientieren uns darauf, Kandidierende zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der
269 Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit verwurzelt sind oder öf-
270 fentlich im Sinne der Ziele der LINKEN wirken. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt folgt dem Prinzip der
271 „Offenen Listen“. Auf der Landesliste der Partei bzw. in den Direktwahlkreisen kandidieren Mit-
272 glieder der Partei oder parteiungebundene Persönlichkeiten.

273
274 Kandidierende auf der Liste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkrei-
275 sen sind als Mitglieder dem Parteiprogramm und dem Landtagswahlprogramm 2021 verpflich-
276 tet oder stehen als Nichtmitglieder den dort formulierten Grundsätzen nahe. Mit den Bewerbe-
277 rinnen und Bewerbern für die Kandidaturen auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen-
278 Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen zur Landtagswahl 2021 werden schriftliche Vereinbarun-
279 gen über die Bereitschaft getroffen, die Kriterien anzuerkennen und zu erfüllen sowie gemäß
280 Satzung und Finanzordnung der Partei Mandatsträgerbeiträge zu entrichten.

281
Antrag-Nr. 2.1.
Antragsteller: Stadtparteitag DIE LINKE. Magdeburg

Zeilen 282 bis 284
Der Satz „Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, dafür in enger Abstimmung
mit den Stadt- und Kreisverbänden einen Vorschlag zu erarbeiten.“ soll gestrichen werden.
Und folgender Absatz soll eingefügt werden:

„Der Landesparteitag beauftragt eine Kommission, dafür in enger Abstimmung mit den Stadt- und Kreisverbänden einen Vorschlag zu erarbeiten. Dieser Kommission gehören an:

- die Mitglieder des Landesvorstandes an, die nicht selbst auf die Liste möchten bzw. nicht bei der Fraktion oder bei Abgeordneten beschäftigt sind;
- Sprecherinnen bzw. Sprecher der Kreisverbände, die nicht selbst auf die Liste möchten bzw. nicht bei der Fraktion oder bei Abgeordneten beschäftigt sind;
- Sprecherinnen und Sprecher der Zusammenschlüsse, die nicht selbst auf die Liste möchten bzw. nicht bei der Fraktion oder bei Abgeordneten beschäftigt sind.“

Begründung:

Eine große Zahl der Mitglieder des Landesvorstandes möchte selbst auf der Liste für den Landtag kandidieren oder ist bei der Fraktion bzw. bei Abgeordneten der Fraktion beschäftigt. Zum Schutz dieser Mitglieder des Landesvorstandes vor dem Vorwurf, in „eigener Sache“ zu entscheiden, ist es geboten und erforderlich, den vorgeschlagenen anderen Weg zu wählen.

282 Auf der Vertreterversammlung Ende Januar 2021 werden wir eine Landesliste wählen. Der Lan-
283 desparteitag beauftragt den Landesvorstand, dafür in enger Abstimmung mit den Stadt- und

Antrag-Nr. 9.15.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

In der Zeile 284 sind die Wörter „durch den Parteitag bestimmtes“ zu streichen.

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

284 Kreisverbänden einen Vorschlag zu erarbeiten. Ein durch den Parteitag bestimmtes transparen-
285 tes Verfahren soll eine möglichst große Akzeptanz des Weges zur Landesliste erreichen. Die
286 Stadt- und Kreisverbände werden gebeten, aus ihrer Sicht geeignete Kandidatinnen und Kandi-
287 daten für die Liste priorisiert vorzuschlagen. Dabei sollen sie die Quotierung, fachpolitische
288 Aspekte und die regionale Anbindung berücksichtigen. Auf der Basis der Vorschläge aus den
289 Kreisen erstellen die direkt gewählten Mitglieder des Landesvorstandes einen ersten Vorschlag.
290 Neben den bereits genannten Kriterien sollen hier auch noch die mögliche fachliche Zusam-
291 mensetzung einer zukünftigen Fraktion und eine Erneuerungsquote in die Entscheidungsfin-
292 dung einbezogen werden. Sollte es Differenzen zwischen den Prioritäten der Stadt- und Kreis-
293 verbände und diesem Vorschlag geben, ist eine Konsultation mit den betreffenden Stadt- und
294 Kreisverbänden unerlässlich. Der gegebenenfalls korrigierte Vorschlag wird im Januar 2021 in
295 einer gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesausschuss und den Stadt- und Kreis-
296 vorsitzenden diskutiert. Danach soll der Listenvorschlag im Landesvorstand in geheimer Wahl
297 gewählt werden. Auf der Vertreterversammlung soll der Landesvorsitzende diesen Vorschlag
298 vorstellen und begründen. Selbstverständlich entscheidet die Vertreterversammlung als Sou-
299 verän über die Landesliste, jeder und jedem bleibt es unbenommen zu kandidieren.

300
301 Der Landesparteitag gibt hiermit einen eindeutigen und transparenten Weg zu einer Landesliste
302 vor. Der Landesvorstand wird beauftragt, diesen in einen Umsetzungsbeschluss mit konkreten
303 Terminen und detaillierten Verantwortlichkeiten zu fassen.
304

Antrag-Nr. 9.16.

Antragsteller/-innen: Silvan Arndt, Robert Berndt, Michael Finger, Angelika Hunger, Marie-Luise Kuckert, Dr. Jutta Walther, Regina Siegemund, Uwe Müller

Die Zeilen 305 bis 316 sind zu streichen.

Begründung:

Die Formulierungen sollten sich auf das Wesentliche konzentrieren, deshalb ist der Leitantrag insgesamt kürzer zu fassen.

305 Wir brauchen im Wahlkampf 2021 einen langen Atem. Unmittelbar nach der Landtagswahl be-
306 ginnt schon der Bundestagswahlkampf. Umso wichtiger ist es, unsere Ressourcen im Vorfeld
307 gründlich zu analysieren und laufend im Blick zu haben. Dazu gehört neben der gründlichen
308 Planung der personellen Ressourcen vor allem auch eine effektive Planung der Wahlkampfmit-
309 tel. Das Landeswahlplenum hat sich für eine Wahlzeitung in 14 regionalen Ausgaben ausge-
310 sprochen. Sie soll möglichst flächendeckend verteilt werden. Nach den nicht nur guten Erfah-
311 rungen des Kommunalwahlkampfes 2019 haben wir den Prozess der Erstellung der Materialien
312 zeitlich deutlich gestreckt. Trotzdem müssen und werden wir eine notwendige Flexibilität erhal-
313 ten, um auf sich verändernde Stimmungen oder nicht planbare gesellschaftliche Ereignisse re-
314 agieren zu können. Am 27. April 2021 beginnt für uns die heiße Wahlkampfphase, wir werden
315 da gut gerüstet sein. Das gut vorzubereiten ist unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten
316 Wochen und Monaten. Packen wir es an!

317

318

319 **Solidarität statt Ellenbogen**

320

321 Nächstes Jahr ist Wahljahr. Am 6. Juni 2021 wird ein neuer Landtag und im Herbst ein neuer
322 Bundestag gewählt. Entschieden wird über den Kurs in unserer Gesellschaft. Es werden Wahl-
323 programme der politischen Parteien vorgestellt, auch von uns, der LINKEN. Wir werden über
324 viele Themen reden, schreiben und streiten. Es gibt aber nur eine entscheidende Weggabelung
325 und die heißt: Solidarität oder Ellenbogen!

326

327 Gerade die Corona-Krise hat uns doch vor Augen geführt, dass wir uns für gesellschaftlichen
328 Zusammenhalt oder für den Sieg des Egoismus zu entscheiden haben. Niemand lebt ohne Ei-
329 geninteresse, aber auch keiner nur für sich allein.

330 Kanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz haben die Krise bisher beachtlich verwaltet. Aber
331 sie haben unglaublich viel Geld verteilt oder versprochen, das ihnen nicht gehört. Das Wesen
332 unserer künftigen Gesellschaft wird maßgeblich davon geprägt sein, wie die Kosten der Krise
333 verteilt werden.

334

335 DIE LINKE will eine gerechte Lastenverteilung. Wer Millionen hat, kann Tausende zahlen. Wer
336 wenig hat, darf nach der Krise nicht noch weniger haben. Diese Forderung vertreten wir schon
337 lange, nicht erst seit Corona. Jetzt aber haben wir die Chance, die sozialen Ungerechtigkeiten
338 zu überwinden. Das reichste Prozent in Deutschland besitzt mehr als ein Drittel des Gesamt-
339 vermögens und die Hälfte der Bevölkerung hat nichts Erspartes. Das soll nicht so bleiben.

340

341 Wir wollen das ändern. Gegen soziale Ungerechtigkeit im reichen Deutschland können wir ge-
342 meinsam vieles tun. Deshalb werben wir um die Stimmen für DIE LINKE.

Initiativantrag an die 2. Tagung des 7. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Ein Jahr nach dem Anschlag von Halle - Gedenken muss zu Handeln führen

Vor einem Jahr nahm ein Antisemit, Rassist und Frauenfeind zwei Menschen das Leben und veränderte das vieler anderer für immer. Wir gedenken der beiden Todesopfer Jana L. und Kevin S., unsere Gedanken sind bei ihren Familien und Freunden. Wir denken an die Verwundeten und an die Überlebenden des Anschlages von Halle und wünschen Ihnen viel Kraft für den andauernden Prozess und die Bewältigung des Erlebten. Ihnen gilt unsere Solidarität. Der Anschlag von Halle kam nicht aus heiterem Himmel. Fehlender Polizeischutz für die Synagogen in Sachsen-Anhalt, die systematische Unterschätzung der Gefahr rechten Terrors, weit über die extreme Rechte hinaus verbreiteter und akzeptierter Antisemitismus und Rassismus und eine Partei, die als parlamentarischer Arm rechten Terrors agiert müssen als seine zentralen Voraussetzungen gesehen werden.

75 Jahre nach dem Ende des Naziregimes stellen sich Jüdinnen und Juden wieder die Frage, ob sie eine Zukunft in diesem Land haben. Das ist nicht nur unerträglich – darin liegt auch ein Auftrag zum Handeln. Denn die Voraussetzungen rechten Terrors sind keineswegs beseitigt, sie sind noch nicht mal von allen anerkannt.

Ein Jahr nach dem Anschlag von Halle verweisen insbesondere die Aussagen von Überlebenden im Prozess und die von Polizist*innen im Untersuchungsausschuss, aber auch der Blick darauf, wer eigentlich im Zentrum offizieller Gedenkakte steht, auf ein nicht hinnehmbares Missverhältnis zwischen den Analysen der Betroffenen und denen der Verantwortlichen. Von gesellschaftlicher Aufarbeitung sind wir ebenso weit entfernt wie von der notwendigen grundlegenden Veränderung der Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bezug auf rechten Terror und rechte Gewalt.

Dass Überlebende vom Ministerpräsidenten des Landes salbungsvolle Worte über Versöhnung hören müssen, dass der Innenminister, der bis heute weder um Verzeihung für fehlenden Polizeischutz noch für die Einschätzung, niemand habe etwas falsch gemacht, gebeten hat, dafür aber öffentlich den Schutz der jüdischen Gemeinden gegen Schutzinteressen der Mehrheitsbevölkerung stellt und aufrechnet, dass im Landtag zwar viele Reden gehalten, aber wenig konkrete Maßnahmen beschlossen wurden, – das alles zeigt das Versagen der Landesregierung im Kampf gegen Antisemitismus und ist nicht hinnehmbar. Wer Gedenken ernst meint, muss den Worten auch konkretes Handeln folgen lassen. Die Aufgabe der LINKEN ist es, dies einzufordern und auf allen Ebenen mit Leben zu erfüllen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen rechter Gewalt und den Tätern unversöhnlich entgegen - auf der Straße, in Bündnissen und in den Parlamenten. Wir werden weiter dafür kämpfen, die strukturellen Defizite im staatlichen Kampf gegen Rechts nicht nur zu benennen, sondern auch zu beseitigen. Wir widersetzen uns auch in Zukunft der infamen Gleichsetzung von Rechts und Links. Wir streiten gleichermaßen für die Aufdeckung und Zerschlagung rechter Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden wie für die konsequente Entwaffnung von Neonazis. Wir widersprechen wenn antisemitische, rassistische oder andere menschenfeindliche Hetze laut wird und wir fordern staatliches Handeln ein, dass die Betroffenen schützt, statt sie zu Verdächtigen zu machen.

Der Kampf gegen jeden Antisemitismus ist gerade für uns als LINKE nicht verhandelbar, ist Auftrag, Verpflichtung und Bedürfnis zugleich und untrennbar mit unserem antifaschistischen Selbstverständnis verbunden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bin Niklas David Gießler und Mitglied im Landesausschuss. Ich bin 22 Jahre alt und wohne in Halle (Saale), studiere dort Politikwissenschaft und Geschichte und bin in der Linksjugend und in der Partei aktiv.



Ich bin bereits seit gut anderthalb Jahren Mitglied der Bundesschiedskommission unserer Partei und habe dort sehr viele Erfahrungen über die Möglichkeiten in Schiedsverfahren, über unsere Partei und über friedliche Streitbeilegung lernen können. Ich würde diese Erfahrungen gerne auch in der Landesschiedskommission einbringen.

Ich habe den Anspruch die Ordnungsmaßnahmen der Partei nur im Notfall ergreifen zu wollen und nur wenn andere Mittel versagen, ansonsten gilt es die plurale Partei zu verteidigen und notfalls auch zu ertragen.

Meine politischen Schwerpunkte sind ansonsten Rechts- und Innenpolitik, sowie Fragen innerparteilicher und staatlicher Organisation.

Ich bin darüberhinaus ein, wie ich annehmen möchte, guter und leidenschaftlicher Skatspieler und habe eine besondere Liebe für Filme mit Roy Black, Schlager, aufwendige Brettspiele, Zoos, sowie Diskussionen über die Molkerei- und Käsereiverordnung.